

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. med. Max Schönbach
Postfach 100
Telefon 100
Kasseler Nachrichten

Belegpreis: Durch unsere Seiten frei im Saal monatlich 2,40 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2,40 Mark. Bei der Post bestellt monatlich 2,40 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabestellen, sowie aus Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Nebenspalten des Zeitungs oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg., Kleinanzeigen 20 Pfg. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufsätze der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, wird der Zentrumsvizepräsident Herold preussischer Ministerpräsident werden.

Nach einer in Mainz eingegangenen französischen Information wird die Poligrenze am Rhein am 20. April in Kraft treten.

Die französische Regierung hat der amerikanischen eine Entgegnung auf die deutsche Denkschrift zugehen lassen.

Auf der am 18. April in Bremen stattfindenden Konferenz der Ernährungsminister steht die Umstellung der Milchbewirtschaftung zur Beratung.

Der Schweizer Bundesrat hat Erzkaiser Karl wissen lassen, es sei wünschenswert, wenn er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nehme.

Die englischen Eisenbahner und Transportarbeiter haben beschlossen, in den Auslands zu treten.

Die Kohlenpreise.

Seit Juni 1920 ist eine Erhöhung der Kohlenpreise nicht mehr erfolgt. Aber die Geldentwertung hat trotzdem nicht aufgehört, sondern im Grade der Vermehrung der Umlaufmittel zugenommen. Wiederholt sind die Interessentenverbände des Kohlenbergbaus an den Kohlenwirtschaftsrat mit der Anregung herangetreten, mit Rücksicht auf die wachsenden Generalunkosten eine Erhöhung der Kohlenpreise zu bewilligen. Das ist immer mit dem Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage abgelehnt worden. Auch das spielte eine Rolle, daß jede Erhöhung der Kohlenpreise die Reichsfinanzen erheblich belasten würde. Was wenig bekannt ist, ist der Umstand, daß das Reich den Preisen den Inlandspreis für die Lieferungskohle an den Verband vergüten muß. Für das ganze Jahr macht das über 6 Milliarden Mark. Eine Erhöhung der Kohlenpreise um nur 10 Mark für die Tonne belastet das Reich ohne weiteres mit 250 Millionen Mark. Gewiß sind die Kohlenpreise verhältnismäßig hoch. Aber das ist eine Folge der Geldentwertung, die auch in den hohen Löhnen und den gesteigerten Generalunkosten zum Ausdruck kommt. Weiter hat die Kohlenwirtschaft die hohe Kohlensteuer zu tragen, die dem Reich jährlich über 4 Milliarden einbringt, was indessen weniger ist, als auf der anderen Seite die Ausgaben für die Lieferungskohle an den Verband. Welchen Einfluß die Löhne der Bergleute auf den Kohlenpreis haben, geht daraus hervor, daß das Einkommen der Bergleute aus Lohn und Ueberflächenaufschlag monatlich rund 2100 Mark beträgt. Gewiß ist die Arbeit der Bergleute unter Tag schwer, daß sie deshalb noch Vergünstigungen in Form besonders wohlfeiler Lebensmittelzuwendungen erhalten, ist verständlich. Die Bergleute müssen gut und kräftig genährt sein, um ihre schwere Arbeit verrichten zu können. Weitere Vergünstigungen sind von der Regierung beabsichtigt, sodaß die Bergleute künftig das Pfund Gett zu 7 Mark erhalten sollen, während es sonst auch für die Schwerarbeiter 12 Mark kostet. Nun hat der Schlichter der Bergarbeiter abermals eine Schichtlohnerhöhung von 8 Mark — wozu noch 2 Mark für Lebensmittelversorgung kommen — bewilligt.

Diese Erhöhung ist es, die auch eine Erhöhung der Kohlenpreise notwendig macht. So schwer die Wirtschaft auch darunter leidet, so muß doch darauf Rücksicht genommen werden, daß der Kohlenbergbau technisch nicht verfallen darf. Die Unterhaltskosten jeder Bergbauanlage sind heute so hoch, daß sie aus den Erträgen des Kohlenbergbaus nicht mehr gedeckt werden können. Immer stärker machen sich die Folgen des Raubbaus bemerkbar, der seit sechs Jahren betrieben worden ist. Die letzten Jahre sind für den Kohlenbergbau endgültig verfallen. Nachteilig wirkt weiter der Wegfall der Mehrförderung aus den Ueberflächten, weil die Bergleute verlangten, trotz der Minderleistung am Einkommen nicht geschädigt zu werden. Das deshalb und aus anderen Gründen eine Erhöhung der Kohlenpreise unvermeidlich war, hat selbst der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Professor Hirsch anerkannt, dem sonst ein besonders Wohlwollen für die Bergbesitzer nicht nachgesagt werden kann. Wir müssen die Frage der Kohlenpreiserhöhung überhaupt rein sachlich und nach Maßgabe ihrer technischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit betrachten. Es ist zu prüfen, wie sich der Kohlenpreis heute zusammensetzt. An erster Stelle stehen die Schichtlöhne der Bergarbeiter, die ein hohes und unverrückbares Element bilden und die Kohlenpreise entscheidend beeinflussen. Wodurch kommt die Kohlensteuer in Betracht, die aber die steuerlichen Lasten des Bergbaus noch nicht erschöpft. Unverhältnismäßig hoch sind sodann die Kosten für die Erhaltung der Bauten über und unter Tage. Die Erhöhung von 23 Mark für die Tonne, von denen 7 Mark allein für die Verbesserung der Lebensmittelversorgung abzusehen sind, ist also an sich gerechtfertigt. Sie reicht indessen noch nicht aus, um die Betriebsmittel für die Umstellung neuer Schächte beizubringen. Damit aber steht und fällt unsere Kohlenwirtschaft.

Die deutsche Note über Oberschlesien.

In der von der deutschen Regierung den Alliierten überreichten Note über die oberschlesische Abstimmung heißt es:

Die am 20. März vorgenommene Abstimmung hat nach dem bisher vorliegenden Ergebnisse 717 122 Stimmen für Deutschland und 433 514 Stimmen für Polen ergeben. 664 Gemeinden wählten eine deutsche, 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit auf. Das oberschlesische Land hat sich demnach mit fast zwei Dritteln seiner Einwohner und mit der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinden dafür entschieden, beim Deutschen Reich zu verbleiben, mit dem es seit über 700 Jahren vereint gewesen ist und dem es seine Kultur, sowie seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verdankt. Wenn auch die gemeindegewisse Abstimmung lediglich als Wahlmodus angesehen werden darf, so sei doch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß sich unter den 664 Gemeinden mit deutscher Mehrheit sämtliche Städte des Abstimmungsgebietes und fast alle größeren Ortschaften befinden, während die 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit nur geringere Einwohnerzahl aufweisen und wirtschaftlich nur untergeordneter Bedeutung sind.

Es muß beachtet werden, mit welcher Wille die polnische Propaganda auf die Bevölkerung eingewirkt hat.

Durch ein an sich völlig wertloses, aber in bezüchtliche Form gekleidetes Versprechen der Zuteilung bestimmter Ackerparzellen und der zukünftigen Maße des aufzuteilenden Großgrund- und Staatsbesitzes wurden die leichtgläubigen Landbewohner zur Stimmenabgabe für Polen bewegt. Den betrügerischen Charakter dieser lediglich auf Stimmenfang berechneten Aktion beweist die Tatsache, daß bei vielen Gütern das Drei- und Vierfache des vorhandenen Areal versprochen wurde. Trotz ausdrücklichen Verbotes durch die interalliierte Kommission ist dieser Stimmenfang bis zum Abstimmungsstage betrieben worden und hat naturgemäß starke Wirkungen, besonders in den Kreisen Großstrehlitz, Döbeln und Tarnowitz, erzielt.

Ganz besonders aber ist bei der Bewertung des Abstimmungsergebnisses die nach einem klar erkennbaren Plan durchgeführte terroristische Wahlbeeinflussung in Rechnung zu stellen, die allen deutschen Stimmberechtigten gegenüber von polnischer Seite ausgeübt worden ist. Seit dem August-Aufstand 1920 hat die Verfolgung deutschgesinnter Personen in den Kreisen Pleß, Rybnik, Kattowitz und Tarnowitz nicht aufgehört. Wer trotz des Terrors aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl machte, war Mißhandlungen und Schädigungen ausgesetzt und mußte seinen Mut nicht selten mit dem Leben bezahlen. Selbst die unter besonderer Schutzhülle der interalliierten Kommission lebenden Mitglieder der paritätischen Ausschüsse blieben vor Verfolgungen nicht bewahrt. Einige wurden ermordet, eine große Anzahl von ihnen mußte ihr Amt niederlegen. So wurde unter fortgesetzten Drohungen und Gewalttaten ein Zustand der Verängstigung und Einschüchterung geschaffen, in dem die eigentliche Wahlbeeinflussung mit Aussicht auf Erfolg einsetzen konnte.

Wenn am Wahltag selbst kein äußerlich Ruhe herrschte, so ist das nur ein Verweis für die starke Disziplin der polnischen Organisation und für die gute Regie der Propagandastelle, die offenbar Wert darauf legte, den Anschein einer unbeflüchteten Abstimmung hervorzurufen. Über die Mißhandlungen, die unmittelbar nach Schluß der Abstimmung wieder einsetzten, ergötzt man so deutlich, wie recht die deutschgesinnten Wähler hatten, die gegen sie ausgestoßenen Drohungen ernst zu nehmen. Typisch ist abriaens, daß z. B. in den ländlichen Ortschaften des Kreises Rybnik (Madoschan, Czernikow und Stauden), in denen militärische Besatzung lag und die ihrer Bevölkerung nach durchaus nicht weniger polnisch sind, als die umliegenden unbesetzten Orte, die Abstimmung eine deutsche Mehrheit ergeben hat, ein Beweis für die Wirkung des Terrors. Die deutsche Regierung beehrt sich, in der Anlage

eine Denkschrift

zu überreichen, die, gestützt auf eine größere Anzahl besonders markanter und einwandfrei nachgewiesener Einzelfälle, ein Bild von den Zuständen im Abstimmungsgebiete vor und während der Abstimmung gibt.

Wenn trotz des mit der Vandalenteilung betriebenen Stimmenkaufes und trotz der wirksamen terroristischen Wahlbeeinflussung ein Abstimmungsergebnis erzielt wurde, das nur wenig hinter einer deutschen Zweidrittelmehrheit zurückbleibt, so ist an dem klaren Willen des oberschlesischen Volkes, zum Deutschen Reich zu gehören, nicht mehr zu zweifeln.

Hierfür sprechen aber nicht nur die Zahlen der Abstimmung selbst, sondern auch die wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkte, die nach dem Friedensvertrage Berücksichtigung zu finden haben. Die oberschlesische Industrie, auf der der Wohlstand der gesamten Bevölkerung beruht, ist untrennbar mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet verbunden. Sie von Deutschland zu trennen, heißt sie vernichten. Aber auch an sich bildet das oberschlesische Wirtschaftsgebiet ein einheitliches Ganzes. Die landwirtschaftlichen und industriellen Teile ergänzen sich und ebenso ergänzen sich in einer für die Produktion äußerst vorteilhaften Weise die verschiedenen Industriezweige untereinander.

Wer Oberschlesien teilt, verkleidet sich am oberschlesischen Volk.

das durch Sprache, Kultur und Religion, sowie durch gemeinsame Geschicke untrennbar miteinander verbunden ist.

Die deutsche Regierung beehrt sich daher den Antrag zu stellen, das gesamte oberschlesische Abstimmungs-

gebiet ungeteilt dem Deutschen Reich zuzusprechen! Die deutsche Regierung stellt diesen Antrag in der festen Überzeugung, daß Oberschlesien ebensowenig ohne Deutschland leben kann, wie Deutschland ohne Oberschlesien nicht in der Lage sein würde, sich wirtschaftlich zu erholen und seine Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen. Jede andere Lösung würde auch dem Friedensvertrag zuwiderlaufen, der im Gegenzug zu den Vorarbeiten über die Abstimmung in Schleswig eine Teilungsmöglichkeit nicht vorsieht. Die deutsche Regierung ist bereit, der polnischen Regierung alle Garantien zu bieten, die zum Schutze der Minderheit für erforderlich erachtet werden. Sie glaubt, bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen zu sollen, daß bei der Schaffung des polnischen Staates eine weit größere Minderheit von über 900 000 Deutschen von Deutschland losgerissen wurde. Die deutsche Regierung würde sich ferner verpflichten, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft erforderliche Roh- und sonstige Erzeugnisse aus Oberschlesien zu liefern, solange das überaus reiche polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. Außerordentlich der in der Anlage überreichten Karte, die auf Gutachten polnischer und österreichischer Geologen beruht, ist dieses polnische Kohlengebiet um mehr als die Hälfte größer als der Anteil, den Oberschlesien im Steinkohlenbezug besitzt und enthält alle für die Industrie erforderlichen Kohlenarten. Die deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung dieser in polnischen Gebieten liegenden Vorkommen zu leisten.

Die deutsche Denkschrift über Oberschlesien.

Die der deutschen Note über Oberschlesien in der zweiten Anlage beigegebene Denkschrift enthält ein umfassendes Material über die polnischen Wahlbeeinflussungen und hat den Umfang eines dicken Buches. Aus dem ihr beigegebenen Vorwort ist zu entnehmen, daß überall da, wo sich die Bevölkerung schluglos schloß, und das Eintreten für die deutsche Sache eine Gefahr für Leben und Eigentum bildete, die Abstimmung besonders beeinflusst war. So erklärt sich auch die Verschiedenheit der Abstimmungsergebnisse in dem Gebiet, das etwa durch die Linie Gossnik (Kreis Gossnik) — Jawabak — Groß-Strehlitz — Cofel und den Lauf der Ober bis Obergberg begrenzt wird. Denn diese Linie fällt ungefähr mit der Linie zusammen, bis zu der sich der Augustaufstand des Jahres 1920 ausgedehnt hat. In diesem Gebiet waren polnische Soldaten nach wie vor bewaffnet. Und innerhalb dieser Linie sind es besonders die Grenzgebiete, die schluglos dastanden, da sie allen Einwirkungen und Einflüssen über die Grenze kommender polnischer Bänden ausgesetzt waren. Brennpunkte der Unruhen waren besonders die Kreise Rybnik und Pleß und hier wiederum der Grubenbezirk um Rybnik, der gesamte Südbereich des Kreises Kattowitz und der Kreis Tarnowitz. In ihnen haben die Städte und stadtkähnlichen Siedlungen, die Schutz gegen Gewalttakte von außen, gegen beeinflusste Stimmenabgabe boten, deutsch gestimmt. Aber selbst in diesen Orten stimmten schon die Außenbezirke viel stärker polnisch als die in enger Bauanlage befindlichen Innenbezirke. In Rybnik, Pleß und im Süden des Kreises Kattowitz war seit den Augusttagen ein öffentliches Verbot für die deutsche Sache nahezu unmöglich, während die Polen ihre Verarbeitung ungehindert betreiben konnten. Die Terrorfälle steigerten sich insbesondere seit der bekannten Rede Korfantsch in Rosenburg, in der er zur offenen Gewalt gegen die deutsch stimmenden wolkenden Reichsoberschlesier aufforderte. Tatsächlich ist auf Veranlassung des polnischen Plebiscit-Kommissariats fast in keiner ländlichen Ortschaft dieses Gebietes den Abstimmungsberechtigten aus dem Reich die Unterkunft oder Ausenthalt gewährt worden wegen der polnischen Drohung, daß die Häuser aller gegen diesen Beschluß handelnden Oberschlesier in die Luft gesprengt werden würden. Die Gemeinden hatten ausdrücklich eine Haftung für die Schäden abgelehnt. Der Terror steigerte sich seit dem Einreisestage gegen jeden, der verdächtig war, deutsch zu denken. Es erfolgten nächtliche Ueberfälle auf Deutschgesinnte, Sandgranatententare gegen Häuser, die Abstimmungsberechtigte aufnehmen wollten, deutsche Arbeiter wurden von der Arbeitsstätte vertrieben, schwer mißhandelt sogar ermordet. Die deutschen Mitglieder der paritätischen Ausschüsse mußten vielfach ihr Amt niederlegen, unter der Drohung, sonst ermordet zu werden, was in einigen Fällen tatsächlich ausgeführt wurde. Ein deutsches Abstimmungsauto zu benutzen, war wegen der häufig vorkommenden Autoüberfälle schließlich unmöglich. Bei dem Autalüberfall in Suda wurden ein Deutscher erschossen und sechs schwer verletzt. Diese Tötungen waren für jeden Deutschen eine Hölle. Auf die Hilferufe der Dorfbevölkerung wurde geantwortet, man versuche nicht über die nötige Truppenzahl. So bemächtigte sich der Bevölkerung schließlich das Gefühl völliger Verlassenheit. Der Terror hielt bis in die Nacht zum 20. März an. In dieser Nacht hörte man von jenseits der Grenze starke Detonationen, angeblich polnische Freundschafts, die von der Bevölkerung in ihrer Verängstigung als Drohung der bereitstehenden polnischen Armee gedeutet wurden.

Oberschlesische Ententepäne.

Ueber die Absicht der Franzosen, das gesamte oberschlesische Industriegebiet den Polen in die Hände zu spielen, besteht kein Zweifel. Die Zurückziehung von vier Bataillonen ungarischer